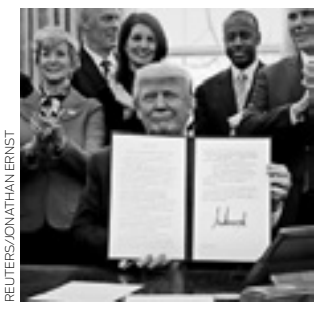
DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



REUTERS/JONATHAN ERNST

Bourgeoisie

Eine Regierung des Kapitals unter Donald Trumps Losung »America first« – der neue US-Präsident sieht in einer nationalistischen Wirtschaftspolitik die Lösung für die ökonomischen Probleme der Vereinigten Staaten. Von Guenther Sandleben

» SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DIENSTAG, 23. MAI 2017** · NR. 119 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Trump an Klagemauer
Israel: US-Präsident lässt sich beim Staatsbesuch von Hardlinern die Stichworte vorgeben **3**

Investor unter Druck
Berlin: Bauherr und Senat geraten in der Rigaer Straße in Nöte. Mietpreisbremse wirkt nicht **4**

Traditionsfirma vor Aus
Keine Einigung bei Mifa: Fördermittel für Fahrradbauer in Sangerhausen in den Sand gesetzt **5**

Repression gegen Proteste
Türkei: Polizei in Ankara verhaftet hungerstreikende Dozenten bei nächtlicher Razzia **7**

Rot-rot-grüne Troika

Fraktionsvorsitzende von Sozialdemokraten, Grünen und Linken im EU-Parlament für Sozialkahlschlag in Griechenland. **Von Simon Zeise**

GUE/NGL VIA TWITTER

Für die Durchsetzung von Konzerninteressen: Gianni Pittella, Ska Keller und Gabi Zimmer (von links)

Kämpfen oder knechten lassen? Das ist die Frage, die für die Linke in Europa auf der Tagesordnung steht. Am Montag berieten die Finanzminister der Euro-Gruppe über weitere Kürzungspakete für Griechenland. Mit der Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras haben sich die Institutionen der EU und des Internationalen Währungsfonds darauf geeinigt, erneut die Renten zu kürzen: Ab 2019 sollen die Pensionszahlungen des Staates um 18 Prozent gesenkt werden.

Bereits am vergangenen Donnerstag hatte sich die Vorsitzende der Linksfraktion im EU-Parlament (GUE/NGL), Gabi Zimmer, im vorauseilenden Gehorsam geübt. Zusammen mit dem Vorsitzenden der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, Gianni Pittella, und der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Franziska »Ska« Keller, warben sie für ein »rot-rot-grünes« Europa. »Wir fordern die griechische Regierung zu Reformen auf, die Investitionen und soziale Gerechtigkeit weiter unterstützen, und zu einer guten demokratischen Regierungsführung«, erklärten die Parlamentarier. »Die Reform des griechischen Staates muss fortgesetzt werden, um die Effizienz zu unterstützen und den Klientelismus zu überwinden.« Ferner zeigten sie sich besorgt wegen des mangelnden Wettbewerbs im Land: »Verstärkte Konkurrenzpolitik, um oligopole Strukturen aufzubrechen im Interesse der fairen Märkte sollte weiterhin Priorität bleiben, um die griechische Wirtschaft auf einen nachhaltigen Weg der Erholung zu bringen.« Die Euro-Gruppe werde es dann schon regeln. Eine Einigung mit Athen werde die »positiven Trends festigen« und »Investitionen und Reformen, die sowohl für die Euro-Zone als auch für Griechenland von Vorteil sind, einen zusätzlichen Anschub geben«.

Steht Die Linke jetzt auf der Seite der Troika? Nicht ganz. Nikolaos Chountis, Außenminister Griechenlands im ersten Kabinett Tsipras und Mitglied der EU-Linksfraktion, erklärte am Montag gegenüber *jW*: »Die Aussagen geben weder meine noch die offizielle Position der GUE/NGL wider.« Es sei »mehr als offensichtlich, dass das dritte Griechenlandprogramm keinen wirtschaftlichen Unterschied zu den Vorläufern darstellt. »Dieses Mal wurden Austerität, Privatisierung, flexible Arbeitsbeziehungen, die TINA (There Is No Alternative)-Agenda im Namen der Linken umgesetzt.« Gegen weitere Spardiktate rief auch der EU-Parlamentsabgeordnete Fabio De Masi (Die Linke) auf. Er erklärte, durch die Maßnahmen würde die öffentliche Infrastruktur Griechenland »vollends filetiert und zu Spottpreisen an private Investoren verramscht«. Die Abschaffung von Kollektivverhandlungen, die Vereinfachung von Massenentlassungen und neue Rentenkürzungen im Umfang von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden nicht zum Aufschwung führen. Die Rettungsmilliarden für Griechenland seien zu über 90 Prozent für das Abstottern der Staatsschulden verwendet worden. Konstantinos Papadakis, der für die griechischen Kommunisten (KKE) im EU-Parlament sitzt, sagte am Montag gegenüber *jW*, die Aussagen Zimmers reihten sich ein in die »harten Maßnahmen der EU, ihrer Regierungen und des Großkapitals gegen die Arbeiter und die Bevölkerung Griechenlands«. »Reformen« im Gegenzug für Investitionen seien ein weiterer Wunsch der Monopolgruppen, an deren Umsetzung die griechische Syriza/Anel-Regierung hart arbeite. Der einzige Ausweg für die Arbeiter und die Bevölkerung sei es, den Kampf nach dem wichtigen Generalstreik in der vergangenen Woche zu intensivieren, und um die ökonomische und politische Macht zu kämpfen.

»Brexit«-Verhandlungen beginnen am 19. Juni

GARETH FULLER/PA WIRE/DPA-BILDFUNK

Brüssel. 27 Mitgliedsstaaten der EU – ohne Großbritannien – haben am Montag offiziell ihre Zustimmung zur Eröffnung der »Brexit«-Verhandlungen gegeben. Die Gespräche sollen am 19. Juni beginnen, Chefunterhändler der Europäischen Union wird Michel Barnier sein. Dabei wird um die Einzelheiten der Trennung Großbritanniens vom Staatenbund gerungen werden. Ziel der EU ist es, bis zum Herbst eine Einigung über die »Schlussrechnung« zu erreichen, die das Vereinigte Königreich bis zum Austritt zahlen soll. Offiziell nennt die EU keine Summe. Inoffiziell kursieren aber Berechnungen über 100 Milliarden Euro oder mehr. Gleichzeitig lässt das Staatenbündnis verlautbaren, dass man Großbritannien nicht für den Austritt »bestrafen« wolle. **(dpa/jW)**

Kontrolle der Berliner Kripo im Fall Amri

Berlin. Nach den Enthüllungen über Aktenmanipulationen im Berliner Landeskriminalamt (LKA) will die Koalition im Berliner Senat einen Untersuchungsausschuss zum Fall Anis Amri im Abgeordnetenhaus einsetzen. Es gebe »strukturelle Fragen des Berliner LKA und unserer gesamten Sicherheitsarchitektur, auch im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern, die eine parlamentarische Befassung erfordern«, erklärten die Fraktionschefs von SPD, Grünen und Die Linke am Montag.

Der vom Senat beauftragte Sonderermittler Bruno Jost hatte bei der Aufarbeitung des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz widersprüchliche Aktenvermerke entdeckt. Demnach soll im LKA ein Dokument nachträglich manipuliert worden sein, um die versäumte Gelegenheit einer Festnahme Amris mehrere Wochen vor dem Attentat zu vertuschen (*jW* berichtete). **(AFP/jW)**

Trump kürzt bei Sozialprogrammen

US-Regierung will Hilfe für arme US-Bürger zusammenstreichen

Während US-Präsident Donald Trump zur Zeit seine erste Auslandsreise absolviert, berichten Medien in den Vereinigten Staaten über die jüngsten Pläne seiner Regierung. Demnach soll die Versorgung armer Bürger mit kostenloser medizinischer Hilfe und Lebensmitteln eingeschränkt werden. In einem Haushaltsentwurf, den seine Regierung am heutigen Dienstag vorlegen werde, seien tiefe Einschnitte bei den entsprechenden Programmen vorgesehen, berichtete die *Washington Post*. Die Zeitung berief sich auf Menschen, die mit den Plänen vertraut sind, ohne Namen zu nennen.

Das Budget des Programms »Medicaid«, das Menschen mit geringem Einkommen kostenlose Arztbesuche ermöglicht, soll demnach in den nächsten zehn Jahren um 800 Milliarden US-Dollar gekürzt werden. Berechnungen des Haushaltsbüros des US-Kongresses zufolge könne das in dieser Zeit rund zehn Millionen US-Amerikaner ihrer Gesundheitsversorgung berauben. Trumps Vorgänger Barack Obama hatte die Bundesmittel für das Fürsorgeprogramm für Bedürftige noch deutlich ausgeweitet. Im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, keine Kürzungen bei Medicaid vorzunehmen. Außerdem werde erwartet, dass Trump Änderungen an einem Programm vornehmen wolle, das Arme mit Essensmarken versorgt, hieß es weiter. Durchschnittlich 44 Millionen Menschen hätten im vergangenen Jahr Leistungen aus dem »Snap«-Programm erhalten.

Der US-Kongress muss den meisten der vorgeschlagenen Änderungen zustimmen. Trumps Republikaner haben eine Mehrheit in beiden Kammern, allerdings haben in der Vergangenheit auch Mitglieder seiner eigenen Partei Vorbehalte gegenüber Trumps Politik erkennen lassen. Vor allem, weil sie von Aktivisten in ihren Heimatgemeinden mit Protesten unter Druck gesetzt werden konnten.

Im Etat für das laufende Haushaltsjahr, den der Kongress Anfang Mai verabschiedet hatte, waren dem Verteidigungsministerium bis zu 15 Milliarden Dollar mehr zur Verfügung gestellt worden, zudem 1,5 Milliarden mehr für die Grenzsicherung. **(AFP/dpa/jW)**

■ Siehe Seiten 3 und 12/13

jW wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901607 20021